

Hausröchete der Dickschädel

Nach drei Monaten Bauzeit konnten die beiden **Moschusochsen im Tierpark Dählhölzli** ihr neues Gehege beziehen

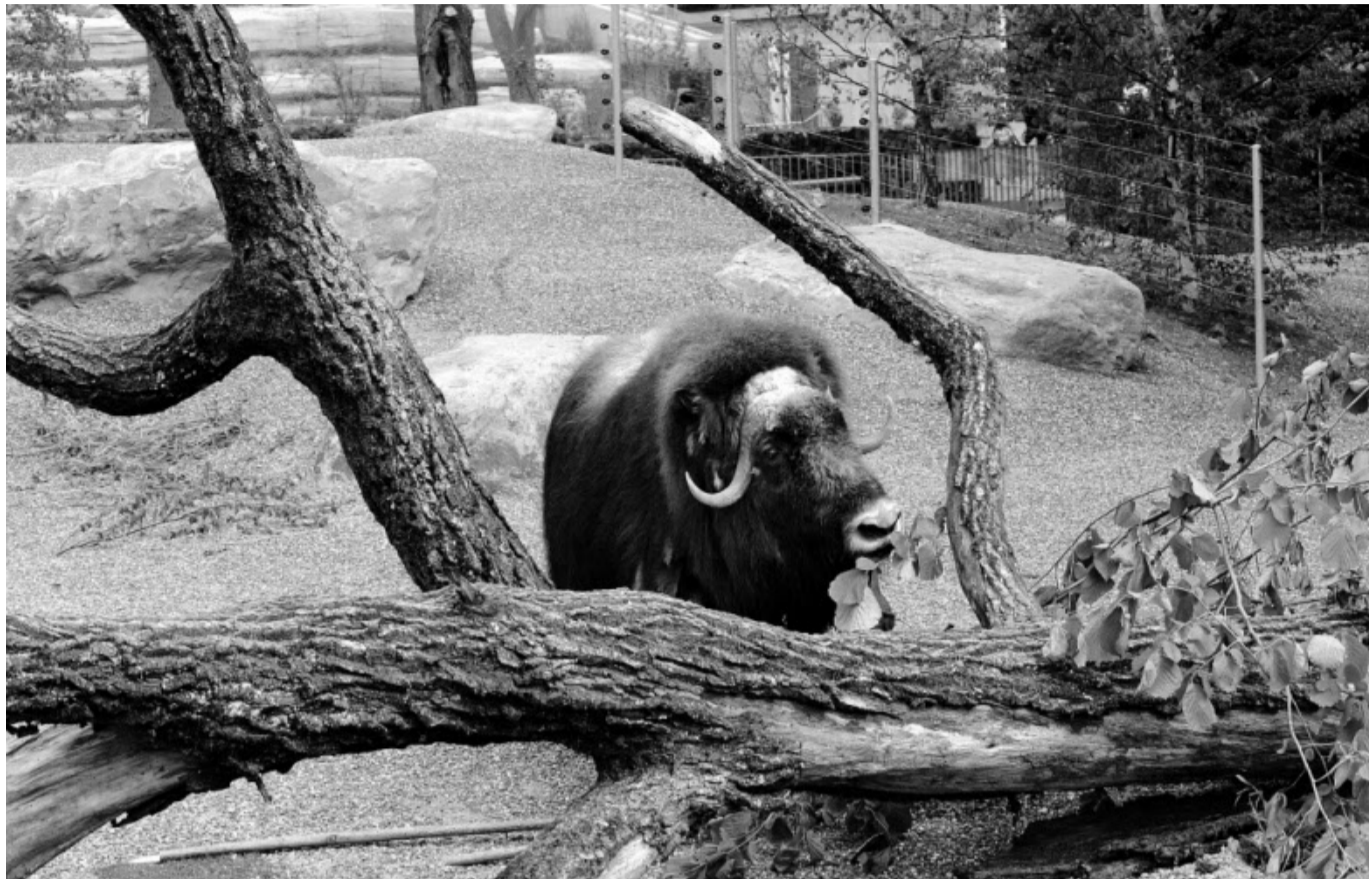
Die Moschusochsen sind die ersten Bewohner der «Nordischen Anlagen» im Dählhölzli. Nach anfänglicher Skepsis hat sich nun auch der ruppige Hägar an das neue, dreimal grössere Gehege gewöhnt.

HANNA JORDI

Statt mit Salz und Brot, wie bei Einweihungen üblich, wurden die Moschusochsen Hägar und Helga mit frischen Haselzweigen in ihrem neuen Zuhause empfangen. Dennoch scheint der Umzug geglückt zu sein: Zwar gab sich der sonst so beherzte Hägar zuerst zögerlich und beäugte das neue Gehege nur skeptisch vom Stalleingang aus, um sich kurz darauf wieder in die schützenden Gestade des Unterstands zurückzuziehen. Helga dagegen habe der Pioniergeist gleich von Anfang an gepackt, erzählt Tierpfleger Hansueli Fahrni. Gelassen erkundete das vierjährige Weibchen jeden Winkel ihres neuen Zuhauses: den Teich mit den Enten, die bepflanzten Hügel und die Bäume, die an warmen Tagen Schatten spenden. Inzwischen habe sich aber auch der Ochse Hägar an das neue Gehege gewöhnt, sagt Fahrni.

Mehr Platz für die Nordländer

Mit der gestrigen Einweihung des rund 700 000 Franken teuren Moschusochsengeheges beginnt im Tierpark nun eine Reihe von Hausröcheten: Hägar und Helga sind die ersten Bewohner der «Nordischen Anlagen» im Dählhölzli, drei neue Nachbarn werden bald dazustossen. Während auf dem alten Moschusochsenareal die ersten Bagger für den Bau des Papageientaucherheges gerade erst aufgeföhren sind, kann das Waldrentiergehege nächste Woche bereits er-



So behäbig wie hier ist **Bulle Hägar** nicht immer: Moschusochsen sind leicht reizbar und launisch.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

öffnet werden. Noch im Umbau befindet sich derzeit das Zuhause der Eisfische.

Das neue Moschusochsengehege ist mit 2000 Quadratmetern Gesamtfläche dreimal so gross wie das alte. Damit lässt der Tierpark Dählhölzli dem Slogan «Mehr Platz für weniger Tiere» Taten folgen. Dass die Pläne für eine artgerechtere Tierhaltung einen Einfluss auf den Tierparkbetrieb haben, ist unvermeidlich. Tierparkdirektor Bernd Schilder bedankte sich deshalb besonders bei den Tierparkbesuchern für ihre Geduld mit den zahlreichen Baustellen im Tierpark.

In den vergangenen drei Monaten hat das tierparkeigene Umbau-team Wassergräben und Trockengruben ausgehoben, tonnen-schwere Steinkörbe aufgestellt und Abschränkungen verstärkt. Denn die scheinbar so behäbigen Tiere können auch anders: Moschusochsen sind unberechenbar und dabei so stark, dass sie selbst armdicke Stahlrohre mit Leichtigkeit verbiegen können. Die beiden Teiche entlang der Besucherplattform sind deshalb nur zum Teil für die Abkühlung der Ochsen gedacht: Während das seichte Wasser im Sommer zum Fussbad lädt, halten die tiefen Stel-

len in Geländernähe die launischen Ochsen davon ab, den Besuchern zu nahe zu treten.

Zuwachs für die Dickschädel

Gemeinderat Stephan Hügli, der den Tierpark als «einzigartiges Naherholungsgebiet» schätzt, findet gerade das Unberechenbare an den Moschusochsen faszinierend. Als Politiker könne man sich ruhig ein Vorbild an ihnen nehmen: «Ein dicker Schädel und ein ebenso dickes Fell können in der Politik nie schaden», erklärt Hügli lächelnd.

Tatsächlich sind die Moschusochsen mit besonders harten Schä-

deln ausgestattet. In freier Wildbahn liefern sich die Bullen spektakuläre Wettkämpfe um die Gunst der Weibchen. Während Steinböcke aus dem Stand heraus ihre Köpfe gegeneinanderschlagen, nehmen die Moschusochsen bis zu 50 Meter Anlauf, um solche Machtkämpfe auszutragen.

Auch Hägars Herde soll bald Zuwachs erhalten. Das neue Gehege bietet genügend Platz für mindestens eine weitere Moschuskuh. Wann Hägar die neue Gefährtin erhält, ist noch unklar. Eine «ménage à trois» gibt es dennoch bald: Helga ist nämlich schwanger.

FDP wirbt um Verständnis

STADT BERN Die FDP der Stadt Bern hat in den vergangenen Monaten stetig für Negativschlagzeilen gesorgt. Nach dem Fallenlassen von Stephan Hügli für die Gemeinderatswahlen im Herbst traten die Unternehmer Rudolf und Peter Stämpfli aus der Partei aus. Dann kehrte die ehemalige Parteipräsidentin Annemarie Lehmann der FDP den Rücken. Und schliesslich erntete die Parteileitung noch Kritik für ihren Schmusekurs mit der SVP vom Präsidenten der FDP Kanton Bern, Johannes Mattyassy.

Angesichts der anhaltenden internen Konflikte versucht die FDP Stadt Bern, sich zu erklären. In einem Brief an Mitglieder und Sympathisanten schreiben Präsident Thomas Balmer sowie die Fraktionspräsidenten Philippe Müller und Dolores Dana, die Strategie der Parteileitung fusse auf der Unterstützung der Parteiversammlung. An dem demokratisch gefällten Entscheid müsse unbedingt festgehalten werden. Zum bürgerlichen Wahlbündnis mit SVP und CVP beteuert das Trio, der Freisinn politisiere weiter «unabhängig». Alleine könne er bei den kommenden Wahlen aber nichts erreichen. Darum habe man neben der SVP auch die CVP mit an Bord geholt. Jedoch: «Die Kandidat für das Stadtpräsidium stellt die FDP», Philippe Müller verteidigte auf Nachfrage die von der Mutterpartei abweichende Linie der Stadtberner FDP. Anti-SVP-Reflexe seien in der städtischen Politik nicht angebracht. «Hier geben wir unter den Bürgerlichen den Ton an», sagte er. «Daher müssen wir uns auch nicht ständig demonstrativ von der SVP abgrenzen.» (pas)

Kein generelles Bettelverbot

STADT BERN Gemäss der SVP-Fraktion nimmt die Zahl der Bettler in der Stadt Bern zu. «Durch die jahrelange Untätigkeit des Gemeinderats hat sich das Problem nun auch auf die Aussenquartiere ausgedehnt», schreibt die Partei in einem Vorstoss. Fast vor jedem grösseren Einkaufszentrum seien mittlerweile bettelnde Personen anzutreffen. Die SVP fordert die Regierung auf, das Phänomen «endlich zu unterbinden» und innert einem Jahr einen Entwurf für ein generelles Bettelverbot auf Stadtgebiet auszuarbeiten.

Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass er ein Bettelverbot im Bahnhof befürworte. Dieses komme am nächsten Wochenende zur Abstimmung. «Ein räumlich weitergehendes Verbot wäre bei der bestehenden Lage aber unverhältnismässig.» Die Diskussion sei überdies erst diesen Frühling im städtischen wie auch im kantonalen Parlament geführt worden. Beide Gremien hätten die Neuschaffung von ausgedehnten Bettelverboten abgelehnt.

Die Regierung ist jedoch bereit, die Bettelerei genauer untersuchen zu lassen. Dies geht aus der Antwort auf einen SP-Vorstoss zur selben Thematik hervor. Die SP verlangt eine Auswertung über das Bettelverbot im Bahnhof und einen Bericht über die Erfahrungen im Umgang mit Bettelnden in anderen Schweizer Städten. Der Bericht soll aufzeigen, ob in Bern Handlungsbedarf bestehe. Er soll ausserdem zeigen, mit welchen personellen und finanziellen Konsequenzen allfällige Massnahmen verbunden wären. (pas)

Stadt streitet um Gassenküche

STADT BERN An der Gassenküche scheiden sich die Geister. Sogar stadtintern gehen die Meinungen über den geplanten neuen Standort im Hof des Progr auseinander. Federführend bei der Standortwahl war die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS). Doch kaum machte der «Bund» den neuen Standort gestern publik, wurde dieser aus der Präsidialdirektion schon wieder torpediert. Die Gassenküche sei «absolut unvereinbar» mit dem Kulturbetrieb des Progr, sagte die Geschäftsführerin des Zentrums für Kulturproduktion. Wohin die Vermischung von Kultur und Sozialem führe, das zeige das Beispiel Reitschule. Schreit die eine Direktion hüst, die andere hott? «Nein», sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Der Gemeinderat sei sich einig, dass der Progr der geeignete Standort für die sonntägliche Essensabgabe sei, und dieser Entscheid sei von der Verwaltung mitzutragen. Dass sich die Kuratorin des städtisch subventionierten Progr in einem anderen Sinne habe zitieren lassen, sei darum «nicht unheikel». Ob und welche Konsequenzen sie für ihre Äusserungen tragen müssen, wollte Tschäppät nicht kommentieren. «Das ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.»

Auch der Gemeinderat steht in dessen in der Kritik für seine Politik bezüglich Gassenküche. Die Jungfreisinnigen fragen in einer Mitteilung, wie der Gemeinderat Drogenkonsum und -handel im Umfeld der Gassenküche künftig zu verhindern gedenke. «Etwa wie in der Vergangenheit mit einem einmaligen Polizeieinsatz, um eine Woche später klein beizugeben?» (pas)

Frauenverein feiert sein Bertha-Trüssel-Haus

STADT BERN Es ist das Prunkstück des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins (SGF) Bern und Kindertagesstätte (Kita) für gut 60 Mädchen und Buben: das stattliche Bertha-Trüssel-Haus am Fischerweg 3 in der Länggasse. Gestern wurde das über 100-jährige Haus nach einer rund anderthalbjährigen Umbauphase offiziell eingeweiht. Bereits seit November ist das Gebäude Sitz der Berner SGF-Geschäftsstelle und Standort dreier von insgesamt sieben Kindertagesstätten, die vom Verein geführt werden: Piccolino, Falkennest und Secolino.

Den Kindern wie auch dem SGF ist sichtbar wohl in dem in dezenten Farben gehaltenen Haus mit seinen grosszügigen Räumen. Am Anfang dieses «Glücksfalls» stand allerdings ein «Unglücksfall», wie Katharina Bögli, Geschäftsführerin des SGF Bern, an der gestrigen Feier ausführte. Vor zwei Jahren nämlich habe der Verein die Kündigung für die Standorte zweier Kitas bekommen. Die Verantwortlichen hätten schlaflose Nächte gehabt, berichtete Bögli, sei es doch nicht einfach, in Bern Räume für Kitas zu finden. Der 1891 gegründete SGF Bern besann sich schliesslich auf das vereinseigene Gebäude am Fischerweg. Das Haus ist seit 1937 nach der damals in Bern verstorbenen Bertha Trüssel benannt. Trüssel, einst Zentralpräsidentin des SGF, war die treibende Kraft hinter dem Bau der Liegenschaft. Letztere wurde 1904 als landesweit erstes eigens für eine Haushalthelehrerinnenschule gebautes Gebäude eröffnet, wie SGF-Bern-Präsidentin Marianne Jäggi

betonte. Vor dem nun abgeschlossenen 1,2 Millionen Franken teuren Umbau wurde das Haus an den Kanton Bern vermietet.

Zahlen, die das Seco gerne hört

Der SGF Bern betreibt unter anderem die Alterssiedlung Zähringer und Jolimont. 1999 hat er die erste Kita übernommen und seither das Angebot an familienexterner Kinderbetreuung kontinuierlich ausgebaut. Ein Teil der Kitas wird im Auftrag betrieben, beispielsweise des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) oder der Bundespensionskasse. 50 Teilzeit- und 14 Lehrstellen seien seit 1999 geschaffen worden, führte Bögli aus. «Solche Zahlen wären beim Seco willkommen», würdigte gestern dessen Direktor Jean-Daniel Gerber in seiner Festrede die Verdienste und das «viele Herzblut» des SGF Bern. (ige)

[i] **EINWEIHUNGSFEST** für die interessierte Bevölkerung: morgen Samstag zwischen 8 und 13 Uhr. Nebst einem Zmorge gibt es Spielmöglichkeiten für Klein und Gross mit dem Spielbus Bern sowie Führungen durch das Haus.

Kein Verbot von Gegendemos

STADT BERN Der Stadtberner Gemeinderat lehnt ein Verbot von Gegendemonstrationen am selben Tag ab. Damit würde die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit zu stark eingeschränkt. Die Forderung nach einem solchen Verbot wurde nach den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der SVP-Kundgebung und der Gegendemonstration «Schwarzes Schaf» vom 6. Oktober in Bern laut.

Es habe sich gezeigt, dass Gegendemonstrationen am selben Tag sehr problematisch seien, begründete EDU-Stadtrat Beat Gubser seine Forderung. Er sei sich bewusst, dass mit dem Verbot die Problematik von unbewilligten Gegendemonstrationen nicht gelöst werde. Immerhin werde aber eine klare, rechtliche Situation geschaffen. Der Gemeinderat verweist in seiner am Donnerstag publizierten Antwort auf die Motion Gubser darauf, dass ein solches Verbot wohl nicht verfassungskonform wäre und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu stark beschneiden würde.

Ausserdem hielten Lehre und Rechtsprechung fest, dass die politische Stossrichtung einer Kundgebung für die Erteilung einer Bewilligung nicht massgebend sei. Nur wenn die geäusserten Ansichten eine unmittelbare und schwere Gefahr für Leib und Leben darstellten, könne eine Bewilligung verweigert werden. Hingegen bestünden beim Ausstellen der Bewilligung bereits jetzt Möglichkeiten, Einfluss auf Ort und Zeit von Gegendemonstrationen zu nehmen, um damit ein Aufeinandertreffen der Kontrahenten zu verhindern. Über die Motion wird nun das Stadtparlament befinden.

Die Gegendemonstration vom 6. Oktober sei nicht bewilligt worden, betont der Gemeinderat. An jenem Tag hatte die SVP Schweiz zu einer Kundgebung nach Bern gerufen. Linksautonome versammelten sich zur Gegendemonstration. (sda)

Nachkredit fürs Klee-Zentrum

STADT BERN Der Gemeinderat hat einen Nachkredit von 270 000 Franken für das Zentrum Paul Klee (ZPK) zuhänden des Stadtrats beschlossen. Bereits im September 2007 hatte die Präsidialdirektion 390 000 Franken zugunsten des ZPK aus dem Globalbudget Kultur bewilligt. Zudem hatte die Präsidialdirektion in Aussicht gestellt, im Falle eines Defizits maximal weitere 270 000 Franken beim zuständigen Finanzorgan zu beantragen, wie es in einer Medienmitteilung heisst. Dies ist nun der Fall: Die Rechnung des ZPK für das Jahr 2007 schloss bei Aufwendungen von 12,2 Millionen Franken mit einem Defizit von 230 000 ab. Der Fehlbetrag fiel gemäss Angaben des ZPK nur dank «massiven Sparmassnahmen in der Höhe von 1,8 Millionen Franken» nicht noch höher aus.

Die ZPK-Verantwortlichen fordern seit Jahren Subventionen in der Höhe von 6 Millionen Franken, erhalten aber von der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) für die Vertragsperiode 2008–2011 «nur» 5,5 Millionen Franken. Der Nachkredit der Stadt Bern ist ein Beitrag zur Stopfung dieses Loches. Ein weiteres Gesuch um zusätzliche Mittel ist derzeit beim Kanton hängig (der «Bund» berichtete). (car)

ANZEIGE

Hüser mit ere Seel

www.holzforum.ch

